

Inhaltsverzeichnis.

Einleitender Abschnitt:

	Seite
Die Grundlagen des deutschen Parlamentsrechts.	
§ 1. Umfang und Bedeutung des deutschen Parlamentsrechts	1
I. Die theoretische Bedeutung des Parlamentsrechts	2
II. Die Lex Parliamenti	4
§ 2. Die praktische Bedeutung des Parlamentsrechts	12
§ 3. Der Parlamentsbrauch.	
I. Parlamentsbrauch und Konventionalregel	18
II. Der Parlamentsbrauch als Verfassungsbildner	22
III. Der Parlamentsbrauch im engeren Sinne	24
§ 4. Die Geschäftsordnung: Überblick über die Ausgestaltung der Geschäftsordnung des In- und Auslandes	30
§ 5. Die juristische Natur der Geschäftsordnung.	
I. Die konstitutionelle Doktrin	33
II. Die juristische Natur der Geschäftsordnung nach der heutigen Lehre	39
§ 6. Die Publikation und Abänderung der Geschäftsordnung.	
I. Die Publikation	45
II. Die Abänderung der Geschäftsordnung	47
§ 7. Die Rechtsstellung der Abgeordneten im Rahmen der Geschäftsordnung .	53
§ 8. Die Interpretation der Geschäftsordnung.	
I. Die deutsche Entwicklung	57
II. Das ausländische Recht	60
III. Die Auslegungsgewalt im D. RT.	61
§ 9. Entstehung und Wandlungen der Geschäftsordnung des deutschen Reichstags.	
I. Die Entstehung	62
II. Wandlungen der Geschäftsordnung des Reichstags seit ihrer Entstehung	67
§ 10. Die Methode des Parlamentsrechts	83

I. Teil: Die Organe der Volksvertretung.

II. Abschnitt: Die Organisation der modernen Volksvertretung.

§ 11. Die konstitutionelle Doktrin	88
§ 12. Die Organisation des englischen Unterhauses	98
§ 13. Die Organisation der französischen Deputiertenkammer	113
§ 14. Die Organisation des spanischen Deputiertenkongresses	120

	Seite
§ 15. Die Organisation der italienischen Deputiertenkammer	124
§ 16. Die Organisation der griechischen Wuli	129
§ 17. Die Organisation der niederländischen zweiten Kammer	133
§ 18. Die Organisation der belgischen Deputiertenkammer	137
§ 19. Die Organisation des ungarischen Abgeordnetenhauses	140
§ 20. Die Organisation des schwedischen Riksdags.	142
§ 21. Die Organisation des norwegischen Storting	147
§ 22. Die Organisation des dänischen Folketing	150
§ 23. Die Organisation des österreichischen Abgeordnetenhauses	153
§ 24. Die Organisation des preußischen Abgeordnetenhauses	158
§ 25. Zusammenfassende Betrachtung	161
III. Abschnitt: Die Organisation des deutschen Reichstags.	
§ 26. Der Gesamtvorstand.	
I. Die Zeit der Alleinherrschaft des Gesamtvorstands	169
II. Die Zurückdrängung des Gesamtvorstandes	172
III. Die Rechtsstellung des Gesamtvorstandes	174
§ 27. Der Seniorenkonvent.	
I. Die geschichtliche Entwicklung des Seniorenkonvents	175
II. Die Stellung des Präsidenten zum Seniorenkonvent	178
III. Die Bildung und Zusammensetzung des Seniorenkonvents.	180
IV. Die Funktionen des Seniorenkonvents	185
V. Die rechtliche Bedeutung des Seniorenkonvents	192
§ 28. Der Präsident.	
I. Formen der Präsidentschaft (Alterspräsident, Probepräsident, Aushilfspräsident, der definitive Präsident)	195
II. Erwerb des Amtes (Präsidentenwahl und Parteien, Form der Wahl) .	202
III. Der Verlust des Amtes	209
IV. Funktionen des Präsidenten (Ordnungs- und Leitungsgewalt, Funktionen der inneren Verwaltung, Funktionen der äußeren Verwaltung) . . .	210
V. Die Rechtsstellung des Präsidenten gegenüber dem Plenum und seine Vorrechte	215
§ 29. Schriftführer und Quästoren.	
I. Schriftführer	217
II. Die Quästoren	223
§ 30. Abteilungen und Kommissionen.	
I. Die Abteilungen	225
II. Die Kommissionen	227
III. Kommissionsähnliche Organe	246
§ 31. Die Reichstagsverwaltung und ihr Verhältnis zu Gerichten und Reichsverwaltungsbehörden.	
I. Die rechtliche Natur der Reichstagsverwaltung	248
II. Die rechtliche Stellung der Reichstagsbeamten	250
III. Die Funktionen der Reichstagsbeamten	261
IV. Die Stellung der Reichstagsverwaltung zu Gerichten und Reichsverwaltungsbehörden	262

II. Teil: Die Zusammensetzung des Reichstags.**IV. Abschnitt: Wahlrecht und Wahlverfahren.**

	Seite
§ 32. Die geschichtlichen Grundlagen des Reichstagswahlrechts	267
§ 33. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts	274
§ 34. Das Ruhen des Wahlrechts	279
§ 35. Der Verlust der Wahlfähigkeit (§ 3 WG.).	283
§ 36. Wahlkreise und Wahl- (richtiger Stimm-)bezirke.	
I. Die konstitutionelle Doktrin	293
II. Wahlkreise	301
III. Wahl-(Stimm-)bezirke	305
IV. Wahlkreis und Reichsverfassung	308
§ 37. Die amtliche Wahlvorbereitung, insbesondere die Wählerliste.	
I. Im allgemeinen	310
II. Die Anordnung der Wahl und die Feststellung des Wahltermins .	312
III. Die Wählerliste	312
IV. Wahlvorstand und Wahllokal	325
§ 38. Die private Wahlvorbereitung.	
I. Die gesteigerte Vereins- und Versammlungsfreiheit während der Wahlzeit	332
II. Die gesteigerte Preßgewerbefreiheit (Stimmzettel und Flugblatt [Wahlflugblätter], Wahlausrufe, Wahlplakate)	341
§ 39. Die Wahlhandlung.	
I. Die juristische Natur der Wahlhandlung	349
II. Eröffnung der Wahlhandlung und Konstituierung des Wahlvorstandes	354
III. Funktionen des Wahlvorstandes und Öffentlichkeit der Wahlhandlung	357
§ 40. Stimmabgabe und Wahlgeheimnis.	
I. Die Hauptphasen der Entwicklung des Wahlgeheimnisses im deutschen Reichstagswahlrecht	362
II. Das geltende Recht	366
§ 41. Die Ermittlung des Stimmergebnisses.	
I. Die Ermittlung des Wahlergebnisses durch den Wahlvorstand . . .	372
II. Die Ermittlung des Wahlergebnisses durch die Wahlkommission .	383
III. Die Wahlkosten	388
§ 42. Stichwahl und partielle Neuwahl.	
I. Die Ansetzung des Wahltermins	389
II. Die Aufstellung der Wählerlisten	391
III. Die amtliche Wahlvorbereitung	393

V. Abschnitt: Die Wahlprüfung der modernen Volksvertretung.

§ 43. Die konstitutionelle Doktrin in Deutschland und die Wahlprüfung des französischen Rechts	395
I. Im alten Reich	395
II. Die Bedeutung der Wahlprüfung im französischen Recht, insbesondere ihre Geschichte	399
III. Die konstitutionelle Doktrin in Deutschland	408

	Seite
§ 44. Die Wahlprüfung in England.	
I. Die geschichtliche Entwicklung	420
II. Amtliche Wahlvorbereitung und Wahlverfahren	431
III. Die Wahldelikte.	435
IV. Die Wahlprüfung im engeren Sinne	441
V. Die Legitimationsprüfung durch das Unterhaus	447
§ 45. Die Wahlprüfung in Ungarn.	
I. Geschichtlicher Überblick	448
II. Das geltende Recht	450
§ 46. Die Wahlprüfung in Griechenland.	
I. Geschichtlicher Überblick	458
II. Die amtliche Wahlvorbereitung und das Wahlverfahren	460
III. Die Wahldelikte	462
IV. Die Wahlprüfung im engeren Sinne	464
V. Die Prüfung der Wahllegitimationen	465
§ 47. Die Wahlprüfung in Spanien.	
I. Geschichtlicher Überblick	465
II. Die amtliche Wahlvorbereitung und das Wahlverfahren	467
III. Wahldelikte	469
IV. Die Wahlprüfung im engeren Sinne	471
V. Die Prüfung der Wahllegitimationen	474
§ 48. Die Wahlprüfung in Schweden.	
I. Geschichtlicher Überblick	475
II. Die amtliche Wahlvorbereitung und das Wahlverfahren	477
III. Die Wahldelikte	478
IV. Die Wahlprüfung im engeren Sinne	479
V. Die Prüfung der Wahlvollmachten	480
§ 49. Die Wahlprüfung nach den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts und die gesetzgebungs-politischen Resultate für die Wahlprüfung des deutschen Reichstags	481

VI. Abschnitt: Das Wahlprüfungsrecht des deutschen Reichstags.

§ 50. Die juristische Natur der Wahlprüfung.	
I. Wahlprüfung im engeren Sinne und Legitimationsprüfung	491
II. Die juristische Natur der Wahlprüfung im engeren Sinne	497
III. Das freie Ermessen bei der Wahlprüfung	503
IV. Die Wirkung der Legitimationsprüfung und der Wahlprüfung.	507
§ 51. Der Wahlprotest.	
I. Die Aktivlegitimation	510
II. Form und Frist zur Einbringung des Protestes	512
III. Die Substantivierung des Wahlprotests und die Nachschiebung der Nova	515
IV. Der Gegenprotest	518
V. Der Untergang des im Wahlprotest geltend gemachten Klagerechts (insbesondere die Mandatsniederlegung und Rückziehung des Protestes)	519
§ 52. Das Wahlprüfungsverfahren bis zum Urteil.	
I. Die vorbereitende Tätigkeit der Abteilungen und der Wahlprüfungs-kommission	522
II. Die Beweiserhebung	531
III. Die Entscheidung im Plenum	541

§ 53. Parlamentarische Wahldelikte und Formfehler im Wahlverfahren.	Seite
I. Überblick (insbesondere rechtliche Natur der parlamentarischen Wahldelikte. Zu wessen Gunsten kann ein parlamentarisches Wahldelikt geltend gemacht werden)?	545
II. Die Tatbestände der parlamentarischen Wahldelikte. (Die amtliche Wahlbeeinflussung, die amtliche Wahlkandidatur, die geistliche Wahlbeeinflussung, die Wahlbeeinflussung durch Arbeitgeber, die Wahlbeeinflussung durch Kriegervereine, die Wahlfälschung u. a., Wahlmanöver)	550
III. Formfehler im Wahlverfahren	562
IV. Die Reaktion des Reichstags gegen Wahldelikte und erhebliche Formverstöße. (Das Skrutinium in der Wahlprüfungskommission)	564

VII. Abschnitt: Das Abgeordnetenmandat.

§ 54. Die rechtliche Stellung des Reichstagsabgeordneten.	
I. Geschichtliche Entwicklung	568
II. Das geltende Reichsrecht.	570
§ 55. Erwerb und Verlust des Abgeordnetenmandats.	
I. Erwerb (Wählbarkeit, Inelegibilität, Inkompatibilität, Doppelmandatare)	572
II. Verlust des Abgeordnetenmandats	581
§ 56. Die temporäre Inkompatibilität (Art. 21, Abs. 2, RV.).	
I. Die konstitutionelle Doktrin	584
II. Das geltende Recht	589
§ 57. Rechte des Abgeordneten.	
I. Das Recht auf Zulassung zum Reichstag	596
II. Teilnahme an Beratungen und Abstimmungen	600
III. Die Aufwandsentschädigung (siehe § 59)	600
§ 58. Die Pflichten des Abgeordneten.	
I. Anwesenheitspflicht, der Urlaub	601
II. Pflicht zur Teilnahme an Abstimmungen	603
III. Pflicht der Unterwerfung unter die Disziplinargewalt	603
IV. Pflicht zur Übernahme von Ehrenämtern des Hauses	603
§ 59. Die sog. Aufwandsentschädigung der Reichstagsabgeordneten.	
I. Die konstitutionelle Doktrin	604
II. Überblick über die Abgeordnetentschädigung anderer Staaten	613
III. Das geltende Reichsrecht	614
IV. Andere vermögensrechtliche Begünstigungen der Abgeordneten	624
V. Die Form der rechtlichen Regelung solcher Vergünstigungen (Gesetz, Verordnung, budgetäre Regelung)	627